

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, wertete Kollegen und Gäste,

es gibt Veranstaltungen wie den Poetry Slam in Eisenach, da entscheidet der Applaus über das Weiter eines Kandidaten.

Wenn in der Einwohnerversammlung am vergangenen Donnerstag der Applaus über das Wie weiter entscheiden dürfte, wäre klar, dass es auf keinen Fall so weitergehen dürfte, wie sich das die Kollegen von der Linken und den linken Grünen vorstellen würden.

Denn den mit Abstand deutlichsten Applaus haben in dieser Versammlung die Worte des Kollegen Neumann bekommen.

Das sollte den Befürwortern einer Fusion auf Grundlage des jetzigen Standes – darauf liegt immer wieder die Betonung – doch zu denken geben.

Natürlich kann ein Applaus nicht Eingang in die Stellungnahme zu einem Gesetz finden. Aber erinnern Sie sich, liebe Kollegen, wie die OB auf meine dezidierte Nachfrage antwortete, wie denn die Ergebnisse der Einwohnerversammlung Eingang ins Verfahren finden können.

Unter anderem hieß es sinngemäß von der OB, dass der Stadtrat dieses Stimmungsbild berücksichtigen müsse.

Tun wir das, wozu wir doch eigentlich alle hier sitzen – also den Willen der Eisenacher umzusetzen, dann kann die Konsequenz aus dieser Versammlung nur das Stoppen des Fusionsprozesses sein.

Liebe Kollegen,

viele sitzen nun entspannt hier und gehen es heute sicherlich gediegen an. Es ist ja nicht der 4. Dezember und Land und Stadtspitze haben vielen erfolgreich suggeriert, wir können jederzeit noch aussteigen aus dem fahrenden Zug des Gesetzgebungsverfahrens.

Doch es ist ganz anders. Und nun möchte ich abermals die OB sinngemäß zitieren: In der Einwohnerversammlung hat sie ganz klar gemacht, dass wir heute über das Gesetz abstimmen. Am 4. Dezember dann nur noch über den Vertrag, der doch wohl dem Gesetz gegenüber nachrangig ist und nur zwischen zwei Gebietskörperschaften die Abläufe als Folge aus diesem Gesetz regelt.

HEUTE und nicht am 4. Dezember ist also die wichtigere, die entscheidendere Abstimmung.

Daumen hoch oder runter zum Gesetz wird heute entschieden, so die OB.

Liebe Kollegen,

und für mich und für uns kann es nach allem was auch seit der Sitzung letzte Woche passiert ist, nur einen Daumen nach unten für dieses Gesetz geben.

Der Reihe nach:

Der Stadtrat hat umfangreiche Punkte zur Nachverhandlung mit dem Kreis beschlossen.

Ich war am Donnerstag gemeinsam mit der Verwaltungsspitze, Joe West und Karin May im Landratsamt anwesend.

Ich bin nun nicht mit naiven Vorstellungen dorthin gefahren in der Hoffnung vielleicht, dass man in der Kreisstadtfrage Beweglichkeit signalisiert.

Doch man war nicht einmal zu einem Minimalkompromiss den Zukunftsvertrag betreffend bereit.

Auf meine konkrete Nachfrage an den Landrat, ob es denn überhaupt vorstellbar wäre, den Vertrag noch einmal aufzumachen, kam die Aussage, dass das nicht notwendig sei.

Und an dieser Stelle muss ich zum ersten Mal der rhetorischen Akrobatik der OB in der Einwohnerversammlung scharf widersprechen. Dort hieß es nämlich zum Beispiel, dass wir nach wir vor über einen Sitz beim Jobcenter verhandeln würden.

Das stimmt nicht. Die Positionen dazu sind unverändert hart. Die OB will das zwar Argumente nachliefern wo das schon so praktiziert wurde, doch der Kreis will und wird auch an dieser Stelle kein Komma verhandeln.

Ähnlich auch bei allen anderen Punkten. Nur bei der Jugendarbeit ließ man sich zu protokollarischen Erklärungen und Bekenntnissen zur Trägervielfalt hinreißen. Das war es aber auch schon, was die Verhandlungen brachten.

Was bislang also aus den Nachverhandlungswünschen bleibt, ist der Wunsch nach mehr Geld vom Land.

Doch davon ist noch nichts bekannt und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass das Land auch nur eine Million drauflegen wird.

Also was jetzt? Heute so gut wie endgültig dem Gesetz zustimmen, bevor wir mehr wissen und nur mit dem Wissen, dass die bisherigen Bedingungen nur etwas Zahlenkosmetik im Minusbereich bedeuten?

Da hätten wir uns auch viel Spucke, Papier und Zeit sparen können!

Liebe Kollegen,

jetzt nochmal zurück zur Einwohnerversammlung. Die Oberbürgermeisterin ist eine brillante Rhetorikerin. Und bei ihren Genossen und Wählern gelingt es ihr auch, damit zu überzeugen.

Überzeugen kann sie aber nicht jene, die mehr wissen als die Genossen.

In der Einwohnerversammlung ließ sich die OB mit dem Verhandlungsergebnis feiern, wonach Sozial- und Jugendamt in Eisenach verbleiben.

Doch Kollegen, darüber wurde nie verhandelt, das war doch von Anfang an klar. In der ersten großen Verhandlungsrunde im Landratsamt legte der Landrat ein Organigramm auf den Tisch aus dem das schon hervorging.

Und es ist doch wohl auch logisch, dass solche Einrichtungen mindestens Nebenstellen in der dann größten Stadt des Kreises haben.

Das war kein Verhandlungserfolg, Frau Oberbürgermeisterin, das haben Sie gesagt, damit nachdem wir mit so gut wie allen Forderungen beim Kreis aufgelaufen sind, noch der Eindruck entsteht, wir haben wenigstens teilweise mit Erfolg verhandelt.

Genauso verhält es sich mit der Aussage der OB, wonach die günstige Kreisumlage eine gute Voraussetzung für den Gang in den Kreis darstelle.

Das muss man schon fast als Lüge bezeichnen. In den Erläuterungen zum Musterhaushalt lesen wir doch auf Seite 23: „So ist nicht bekannt, ob sich daher ab 2020 Veränderungen des Kreisumlagesatzes ergeben können. Gleichzeitig zeigt die Tendenz jedoch weiter steigende Kosten im Sozial- und Personalbereich, die den Kreis ebenso treffen und hier nicht abzusehen ist, welche Entwicklung der Kreisumlagesatz in den kommenden Jahren nehmen wird.“

Über diese Risiken wurden die Bürger nicht informiert. Was hat das dann mit Bürgerbeteiligung zu tun, Frau Oberbürgermeisterin?

Abschließend noch kurz zur Stellungnahme zum Gesetz:

Es wird sich ausführlich zum Monitoring-Verfahren geäußert. Kein Wort allerdings zu deren Rechtssicherheit.

Das es dagegen Klagen und juristische Vorbehalte geben wird, muss uns doch nicht zuletzt aus dem Protokoll des Gemeinde- und Städtebundes bewusst werden, über das sich Herr Klostermann und Frau Hunstock gestritten haben.

Daran werden auch der Änderungsantrag der SPD und ein Rechtsgutachten nichts ändern.

Halten wir also fest:

Heute endgültige Entscheidung über ein wackliges Gesetz, das angefochten werden wird.

Heute endgültige Entscheidung über ein Gesetz, dass uns unsere finanzielle Handlungsfähigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zurückgeben wird.

Heute Entscheidung über die Aufgabe unserer Unabhängigkeit mit ungewissem Ausgang.

Liebe Kollegen,

sagen wir heute nicht Weiter so wie bisher, aber auch nicht weiter so wie von Land und OB gewollt.

Kein Stadtrat mit Wählerverantwortung kann nach dem Ergebnis der Nachverhandlungen und der Einwohnerversammlung heute für die Fusion stimmen. Danke